

wünschte Menschen“ zu betrachten, die „die Monopolisierung von Rohstoffen und Mitteln und den Konsum durch eine kleine Gruppe“ behindern. Zugleich warnte er vor den Gefahren einer offensichtlichen „Existenzkrise“ in den entwickelten Ländern. Konsumverzicht der Reichen war schon vorher von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und einigen Entwicklungsländern als Ausweg aus dem heutigen Dilemma hingestellt worden. An den vorbereitenden Konferenzdokumenten bemängelte er, daß sie sich weitgehend vor einer Behandlung „der viel grundlegenden Probleme von Werten und Motivationen“ bei der Fortpflanzung herumdrücken und lediglich den sozio-ökonomischen Betrachtungen Raum geben. Es fehle in den Dokumenten sowohl die Anerkennung „intellektueller, moralischer und geistiger Ordnung“ als auch die Berücksichtigung des Platzes der Liebe, des Glücks und der Freude bei der Erziehung von Kindern.

Widersprüchlich blieb die Rede in bezug auf die sozio-ökonomischen Gesichtspunkte. Einmal wurde heftig davor gewarnt, das Problem in der Hauptsache von dieser Betrachtungsweise anzugehen, dann jedoch wurde praktisch als einzige Lösung eine drastische Änderung der sozio-ökonomischen Bedingungen genannt. Eindeutig war die Absage an Verweise auf Empfängnisverhütung und legalisierte Abtreibung in dem zur Beratung vorliegenden Aktionsplan. Die Grundposition wurde auf einer Pressekonferenz am gleichen Tage noch einmal bekräftigt. Die Kritik galt in erster Linie jenem Artikel des Planes, der alle Staaten verpflichten sollte, bis spätestens 1985 dafür zu sorgen, daß allen Menschen Informationen und Hilfen für die Familienplanung zugänglich gemacht werden. Nicht zuletzt durch den Widerstand des Vatikans und verschiedener lateinamerikanischer Länder kam dieser Passus schließlich zu Fall. Ihm zuzustimmen würde nach Meinung Riedmattens bedeuten, daß „wir die unterschiedslose Anwendung von Verhütungsmitteln billigen“.

Von Bukarest nach Rom

Trotz des Erfolges in Einzelfragen und der Bildung einer eigenartig anmutenden aber aus dem Klima der Konferenz verständlichen „Koalition“, die sich nach vatikanischer Selbstdarstellung (vgl. *Osservatore Romano*, 30. 8. 74) aus dem Vatikan, aus afrikanischen, „sozialistischen“ und lateinamerikanischen Ländern bildete, versagte die römische Delegation dem Aktionsplan die Zustimmung, weil — wie es hieß — im Hinblick auf einige Punkte von größter Wichtigkeit — z. B. die Familie, die Achtung vor dem Leben (Abtreibung), die unterschiedslose Anwendung von Verhütungsmitteln — eine beschränkte Sicht und zweideutige Passagen beibehalten worden seien. Bischof Gagnon erklärte dazu: „Wir stellen fest, daß die nach wie vor bestehenden Zweideutigkeiten, die Einführung unglück-

licher Formulierungen und das Beiseitlassen einiger wesentlicher Dinge voraussichtlich zu viele unannehmbare Interpretationen und Konsequenzen nach sich ziehen werden.“ Als positiv wertete Gagnon, daß es gelungen sei, das Bevölkerungsproblem im Rahmen einer allgemeinen Politik zu sehen. Der „*Osservatore Romano*“, der sich aus den Wortmeldungen in Bukarest mit Vorliebe diejenigen herausuchte, die dem römischen Standpunkt verwandt waren, bemühte sich in einem größeren Abschlußbericht um den Nachweis, daß „die Tätigkeit der Delegation des Heiligen Stuhles sehr geschätzt“ wurde. Den Bezug zu der für November von den Vereinten Nationen geplanten Welternährungskonferenz in Rom schließlich stellte das Blatt mit dem Satz her, „Ja sagen zum Leben in Bukarest bedeutet, sich in Rom dafür einzusetzen, eine solidarische Welt zu bauen“.

Kirchlicher Widerstand in Südkorea

Die Verurteilung führender christlicher Persönlichkeiten Südkoreas am 12. August durch ein südkoreanisches Militärgericht hat schlagartig die Schwierigkeiten für die Kirchen in diesem als freiheitlicher Gegenpol zum kommunistischen Norden gedachten südostasiatischen Land verdeutlicht. Allerdings war die Verhaftung des neben dem früheren Staatspräsidenten *Yun Po Sun* prominentesten Angeklagten, Bischof *Daniel Chi Hak Sun* von Wen Ju, keineswegs der Beginn, sondern eher der Höhepunkt einer seit längerer Zeit sich anbahnenden Entwicklung. Seit Verhängung des Kriegsrechts über das Land im Oktober 1972 ist Südkorea nicht mehr zur Ruhe gekommen. Das Attentat auf den Präsidenten am 15. August, dem seine Frau und eine Studentin zum Opfer fielen, markiert den bisherigen Höhepunkt der Krisensituation. Die Diktatur von Präsident *Park Chung Hee* — durch Verfassungsänderungen und Sondergesetze manipuliert — hat sich seitdem nicht zuletzt

durch die Methoden des allgegenwärtigen Geheimdienstes KCIA zu einem Schrecken für viele Südkoreaner entwickelt. Studenten, Intellektuelle und einzelne kirchliche Kreise zählen seit 1972 zu den unermüdlichen Kritikern des Regimes. Deshalb gilt ihnen auch seit langem die Hauptwucht der Verfolgung durch den Geheimdienst. Seit dem Inkrafttreten von vier Notstandsgesetzen zwischen dem 8. Januar und 3. April dieses Jahres war praktisch jede Art von Kritik oder Opposition verboten und mit schärfster Strafe belegt.

Ein Bischof als Symbol

Der jetzt zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte 52jährige Bischof *Chi Hak Sun* ist in gewisser Weise typisch für die christlichen Opponenten gegen das Regime von *Park Chung Hee*. Seit 1965 leitete er seine Diözese, vorher war er eine Zeitlang Chef der Militär-

seelsorger in der südkoreanischen Armee. Durch die großen sozialen Probleme im Bereich seines Bistums kam er direkt mit den Nöten der Bevölkerung, besonders in den Slums, in Verbindung. Er entwickelte eine große Aktivität, um den Betroffenen zu helfen. Schon dadurch machte er sich bei den Behörden verdächtig. Die ersten Unterstellungen, er agitiere in kommunistischem Auftrag, tauchten auf. Ausschlaggebend für seine Einstellung zur Regierung war jedoch die Verhängung des Kriegsrechts, mit dessen Hilfe sich der Präsident uneingeschränkte und unbegrenzte Befugnisse sichern wollte. Schon damals stand der Bischof wegen seiner Haltung einen Monat lang unter Hausarrest. Zum damaligen Zeitpunkt schlossen sich aber auch viele andere religiöse Führer der Kritik an Park Chung Hee an. Neben Presbyterianern machte besonders Kardinal *Stephan Kim Su Hwan* durch kritische Predigten und Hirtenbriefe von sich reden. Allerdings beschränkte sich der Geheimdienst bei ihm weitgehend auf Unterdrückung der Hirtenbriefe sowie Überwachung von Post und Telefon. Für spektakuläre Aktionen gegen ihn schien das Ansehen des Kardinals im In- und Ausland den Behörden vermutlich zu groß zu sein.

Bischof Chi Hak Sun, der Anfang Juli nach der Rückkehr von einer zweimonatigen Reise durch Europa auf dem Flughafen von Seoul verhaftet worden, mehrere Tage intensiv verhört, dann unter Hausarrest gestellt, kurz entlassen und wieder verhaftet worden war, bevor ihm am 12. August der Prozeß gemacht wurde, hatte am 10. Juni dem vatikanischen Staatssekretariat eine Erklärung vorgelegt, die Aufschluß über seine Aktionen und Aktivitäten sowie die entsprechenden Motive gibt (Wortlaut in: IDOC-Bulletin, Juni 1974). Aus dem Ton der Darstellung und aus einem Hinweis im Text der Erklärung läßt sich der Schluß ziehen, daß er nach Rom zitiert worden war, um sich zu den Beschuldigungen gegen ihn zu äußern. Detailliert legt er die Motive und Entwicklung einer von ihm im Oktober

1971 angeführten Demonstration dar. Besonders Korruption im Verwaltungsapparat und Eingriffe von Regierungsseite in einen gemeinsam von der Kirche und der Regierung getragenen Rundfunksender gaben den Ausschlag für die dreitägigen Demonstrationen, denen sich spontan Nichtchristen und Gruppen in anderen Orten des Landes anschlossen. Auch die katholische Bischofskonferenz übernahm wenig später das Anliegen und prangerte in einer besonderen Erklärung soziale Ungerechtigkeit und Korruption an. Bischof Chi Hak Sun seinerseits verfaßte dann zu Weihnachten noch einen eigenen Hirtenbrief zur gleichen Thematik.

Unmittelbar nach Verkündigung des Kriegsrechts wurde der Bischof im Oktober 1972 für einen Monat während einer Reise unter Hausarrest gestellt. Am 5. November 1973 zählte er zu den 15 intellektuellen und religiösen Führern, die eine Erklärung herausgaben, derzufolge sie die „unmenschliche Unterdrückungspolitik“ nicht länger ertragen könnten. Die Folge war eine vorübergehende Verhaftung. Von dem Notstandsgesetz Nr. 3 vom Februar 1974 war der Bischof insofern unmittelbar betroffen, als es einen Angriff gegen die soziale Arbeit und praktische Politik der von ihm geleiteten „Christlichen Arbeiter-Jugend“ darstellte. In seinem Prozeß schließlich warf man ihm hauptsächlich einen Verstoß gegen das Notstandsgesetz vor, das die Unterstützung der „Nationalen Koreanischen Studenten-Vereinigung“ unter Strafe stellt. Durch eine Summe von 2500 US-\$, die er dem katholischen Dichter *Kim Chi Ha* zur Unterstützung in einer persönlichen Notlage zukommen ließ, konstruierte man eine tatkräftige Unterstützung der angeblich kommunistischen Studentenvereinigung. Diese Anklage beruhte auf der Aussage des verhafteten und inzwischen ebenfalls verurteilten Dichters, er habe seinerseits das Geld an die Studenten weitergegeben. Bischof Chi Hak Sun kannte bei seiner Rückkehr aus Europa diese Aussage und hatte bei einer Zwischenlandung

in Tokio bereits vorausgesagt, er werde voraussichtlich verhaftet werden. In seiner Erklärung für das vatikanische Staatssekretariat ist diese Entwicklung noch nicht berücksichtigt, da er zu diesem Zeitpunkt nichts von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen im Zusammenhang mit der Geldsumme wissen konnte.

Untergründige Gegensätze in der Kirche selbst

Einen aufschlußreichen Einblick in innerkirchliche Vorgänge in Südkorea bietet der mit „Won Ju“ überschriebene Absatz der Erklärung. Darin heißt es, in seiner Diözese Won Ju werde von vielen anerkannt, „daß dort eine Menge sozialer Arbeit in Übereinstimmung mit päpstlichen Dokumenten und Enzykliken bezüglich sozialer Gerechtigkeit und ihrer praktischen Verwirklichung geleistet werde. Dies berührt in erster Linie die Armen, die Machtlosen und die, die nicht in der Lage sind, ihre unverletzlichen Menschenrechte zu bewahren; dies hat Auswirkungen auf die katholische Kirche und die Gesellschaft. All diese Dinge haben die Zustimmung von vielen verantwortlichen Menschen erhalten. Und deshalb bin ich traurig, wenn ich höre, daß ich beschuldigt worden bin, meine pastorale Aufgabe vernachlässigt zu haben.“ Noch deutlicher wird seine Kritik an den eigenen katholischen Mitbrüdern im letzten Abschnitt: Wenn die Kirche mit einer korrupten Regierung Hand in Hand arbeite, so ziehe sich die Kirche selbst den Vorwurf der Korruption zu. In einer solchen Situation könne die Kirche nicht anständig leben. „Ich hoffe und bete, daß die Kirche in Rom all diese Fakten besser verstehen wird.“ Über den Verlauf der Besprechungen im Vatikan wurde bisher nichts bekannt. Dieses Dokument macht aber deutlich, daß sich Männer wie Kardinal Kim und Bischof Chi Hak Sun nicht nur gegen Machenschaften und Bespitzelung seitens der Regierung wenden müssen, sondern gleichzeitig Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen

zu meistern haben. Dies zeigt sich schon daran, daß die früheren mutigen Äußerungen von Kardinal Kim gegen das Regime innerhalb der Hierarchie meistens unbeantwortet geblieben sind. Obwohl die letzten großen Studentenunruhen im April 1974 auch von der einzigen katholischen Universität des Landes, der von den Jesuiten geleiteten Sogang-Universität, ausgingen, setzten sich die Bischöfe kaum für die zahlreichen verhafteten Studenten ein, denen meistens mittlerweile der Prozeß gemacht worden ist. Auch die Verhaftung mehrerer protestantischer Geistlicher im Januar wegen ihres Protests gegen das Kriegsrecht blieb zur großen Enttäuschung der Protestanten seitens der katholischen Führung größtenteils unbeachtet. Auf einem gemeinsamen Treffen von Mitgliedern der Bischofskonferenz, der Konferenz Höherer Ordensoberer und der Vereinigung Höherer Ordensoberinnen am 11. März beispielsweise drängten mehrere Ordensobere darauf, daß die drei vertretenen Organisationen eine Erklärung gemeinsamer christlicher Anteilnahme abgeben sollten für das Los von zwei protestantischen Geistlichen und vier protestantischen Missionshelfern, die kurz zuvor wegen angeblicher regierungsfeindlicher Tätigkeiten zu Freiheitsstrafen von zehn bis fünfzehn Jahren verurteilt worden waren. Der Vorschlag wurde sehr unterschiedlich aufgenommen, „mit vorsichtiger Zustimmung, mit Ängstlichkeit, mit Apathie“ (Fides, 6. 4. 74). Schließlich wurde angeregt, keine gemeinsame Erklärung abzugeben, daß aber die einzelnen Mitglieder der Hierarchie und die zwei Vereinigungen von Oberen und Oberinnen „ihrer christlichen Solidarität Ausdruck geben können in einer Form, die ihnen am geeignetsten erscheint“.

Seit Jahresbeginn zeigt sich die katholische Hierarchie zurückhaltender und unsicherer. Kardinal Kim wagte diesmal in seiner Osteransprache z. B. nur noch durch Einfügung eines in englischer Sprache gesprochenen Satzes, Kritik an dem Vorgehen der Polizei gegen demonstrierende Studenten zu üben (vgl. Far Eastern Economic Review,

22. 4. 74). Neben der Befürchtung einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Kirche könnte dies damit zusammenhängen, daß der neue Bischof der Erzdiözese Taegu, *Rhee Moon-hee*, ein Sohn von *Rhee Hyo-sang* ist, dem früheren Sprecher der Nationalversammlung, der jetzt die regierungsfreundliche Demokratisch-Republikanische Partei leitet. Diese persönliche Beziehung könnte den Rahmen für gemeinsame regierungskritische Äußerungen der Bischöfe durchaus begrenzen. Der Hauptgrund ist aber die Uneinigkeit in der Kirche selbst. Die oft konträren Haltungen der Christen Südkoreas gegenüber dem gegenwärtigen Regime beruhen in der Hauptsache auf unterschiedlicher politischer Erfahrung und Bildung. Bei vielen spielt das Erlebnis der Flucht vor den Kommunisten noch eine sehr große Rolle. Insofern fällt bei ihnen meistens auch die Darstellung, es handle sich bei allen Regimekritikern um Kommunisten, auf fruchtbaren Boden. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß eine große Zahl gerade unter den jüngeren Koreanern und hier wiederum in der Hauptsache unter den Studenten, diese Erfahrung nicht besitzt. Sie haben vielmehr durch den Besuch christlicher Bildungsstätten und den damit oft verbundenen Auslandsaufenthalt Einblick in die Vielfalt der sozio-politischen Ideen und Realitäten gewonnen. Besonders die Katholiken des Landes sind überdurchschnittlich gebildet und urbanisiert. Die christliche Soziallehre und die Sozialzyklen der Päpste gelten ihnen weitgehend als Richtschnur, an der sie die Politik ihres Landes messen.

Christen als Vorreiter des Widerstands

Die Verurteilung des Bischofs und der anderen Angeklagten hat weltweite Proteste ausgelöst. Durch das Urteil fühlen sich nun verstärkt auch diejenigen getroffen, die bisher Zurückhaltung an den Tag gelegt hatten. Die Geschichte von der kommunistischen Verschwörung nimmt kaum einer dem

Gericht ab. Insofern macht sich jetzt ein Solidarisierungseffekt bemerkbar, der in Zukunft vielleicht die Szene noch erheblich verändern könnte. Man spricht bereits davon, Park Chung Hee habe sich mit seinem Test der Macht der Kirche einen schlechten Dienst geleistet. Zwar sind nur rund eine Million Katholiken und drei Millionen Protestanten unter den 30 Millionen Südkoreanern, doch sie stellen institutionell die bedeutendste organisierte Kraft jenseits der Regierungsmacht. Bei den Protestanten scheint sich die Opposition noch stärker zu regen. Aufgrund spezifischer Schulung zu demokratischen Spielregeln sind sie derzeit noch stärker bereit, die Diktatur zu attackieren. Eine jüngst veröffentlichte Dokumentation (epd-Dokumentation, 19. 8. 74) über „Christen und Kirchen für Demokratie und Gerechtigkeit in Korea“ zeigt sehr deutlich, wie sich in den letzten Monaten die Lage zugespitzt hat. Der Hauptvorwurf, der in den verschiedenen Stellungnahmen immer wieder laut wird, heißt, die Regierung habe „eine Regierungsform, die sich auf Gesetz und Überzeugungskraft gründete, abgeschafft und ein System installiert, das allein auf Gewalt und Drohung beruht“. Ferner wird dem Regime Park Chung Hee vorgeworfen, Gewissens- und Glaubensfreiheit zu unterdrücken. Als Beispiele werden genannt: ständige widerrechtliche Beeinträchtigung von Gottesdienst, gemeinsamen Gebeten, Inhalt von Predigten und Bibelunterricht. Schließlich wird der Regierung vorgeworfen, den Versuch zu unternehmen, „das Volk zu beherrschen durch systematischen Betrug und Manipulierung der Information durch totale Propaganda und gründliche Gehirnwäsche“. Mit äußerst skrupellosen Methoden würden „politische Gegner, kritische Intellektuelle und sogar unschuldige Menschen ausgeschaltet“. Die verschiedenen Resolutionen und Hilferufe waren sowohl an die Regierung als auch an die politische und kirchliche Öffentlichkeit gerichtet. Teilweise haben sie — besonders in den letzten Wochen — ein großes Echo gefunden. Es ist nicht auszuschließen, daß Präsi-

dent Park Chung Hee wegen des ständig sinkenden internationalen Prestiges doch wieder die Zügel lockern muß. Ein führender katholischer und protestantischer Oppositionspolitiker bereiten sich jedenfalls bereits intensiv auf kommende Aufgaben vor. Beide geben an, sie seien dabei auf die Unterstützung der Christen angewiesen.

Politische Entwicklungen

Unter dem Anspruch der sozialistischen Nation

Vor dem 25. Jahrestag der „Gründung“ der DDR

Am 7. Oktober dieses Jahres wird die DDR mit erheblich gestiegenem Selbstbewußtsein und großem Aufwand den 25. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Die DDR kann für sich verbuchen, daß alle Pläne, sie zu beseitigen bzw. weitgehend isoliert zu halten, gescheitert sind. Ungeachtet noch mancher innerer Schwächemomente hat sie sich unter der Knute der Partei und im Schutz der Sowjetmacht zu einem institutionell stabilen Staat entwickelt, dessen Existenz durch die Beistandsverpflichtungen der Warschauer-Pakt-Staaten mittelfristig zuverlässig gesichert ist. Inzwischen wird sie von über 100 Staaten der Welt völkerrechtlich als zweiter deutscher Staat anerkannt. Selbst die westlichen Siegermächte (USA, Großbritannien und Frankreich) haben im Viermächte-Abkommen über Berlin und in bilateralen Vereinbarungen die DDR faktisch anerkannt, ohne allerdings auf ihre sich aus den alliierten Kriegs- und Nachkriegsvereinbarungen ergebenden Rechte und Pflichten in Deutschland zu verzichten. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren die DDR ebenfalls anerkannt und deren Grenzen als unverletzlich erklärt, wengleich sie korrekt davon ausgeht, daß angesichts der Fortexistenz der Viermächterechte für die ganz Deutschland betreffenden Fragen es zwischen den beiden souveränen Staaten in Deutschland Beziehungen besonderer Art insofern gibt, daß sie zueinander nicht Ausland sind und immer noch eine einheitliche Nation existiert.

In der DDR hat sich indessen ein Staatsbewußtsein herausgebildet. Manches in der DDR wird von ihren Bürgern als Errungenschaft gewertet, mit der man sich identifiziert. Dazu gehörten zu einem Teil die erweiterten Bildungschancen durch das DDR-Bildungssystem, die man freilich nach Parteigesichtspunkten handhabt, so daß ganze Bevölkerungsschichten, insbesondere bekennende Christen,

diskriminiert werden, die umfangreichen Bemühungen zur Wahrung des Kulturerbes, die großzügige, aber politisch motivierte Förderung von Kunst, Wissenschaft und Sport. Auch die unbestreitbare Tatsache, daß die DDR mit Abstand den höchsten Lebensstandard und die besten Sozialleistungen unter den kommunistischen Staaten besitzt, stärkt die Identifizierung mit den staatlichen Institutionen.

In ihrer Innenpolitik ist die DDR gegenwärtig an einem auskömmlichen Verhältnis zur Bevölkerungsmehrheit interessiert. Wirtschaftliche und soziale Verbesserungen sollen die DDR westbegegnungsfähig machen. Wenn auch der vielfältige Druck auf die Kirchen nicht ab-, sondern deutlich zunimmt, so sucht die SED-Führung doch offenen Konfliktsituationen mit den Kirchenleitungen weitgehend auszuweichen. Die SED baut in stärkerem Maße auf die elementaren Auswirkungen kirchlicher Abnützungerscheinungen und des voranschreitenden Säkularisierungstrends. Auch heute noch kann man die DDR — wenn man sie in bezug auf Kirchenpolitik mit anderen kommunistischen Staaten vergleicht — als einen gemäßigten kommunistischen Staat ansehen.

Die Zahl der grundsätzlichen Regimegegner hat abgenommen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist übrigens im wahrsten Sinne des Wortes in der DDR herangewachsen und den Verhältnissen in freiheitlich-demokratischen Staaten entwöhnt. Die sozialistische Gesellschaftsordnung scheint so von der Mehrheit der Bevölkerung einstweilen nicht mehr in Frage gestellt zu werden. Eine Vermenschlichung des Sozialismus mit mehr persönlicher Freiheit, weniger Gängelei und reduzierter ideologischer Indoktrination wird jedoch von breiten Bevölkerungskreisen ersehnt.